

An die
Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control)
Mit E-Mail

BKA - V (Verfassungsdienst)
verfassungsdienst@bka.gv.at

Mag. Andreas HONEDER, BSc. (WU)
Sachbearbeiter

andreas.honeder@bka.gv.at
+43 1 53 115-643947
Ballhausplatz 2, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte
unter Anführung der Geschäftszahl an
verfassungsdienst@bka.gv.at zu richten.

Geschäftszahl: 2020-0.686.891

Entwurf einer Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2021, GSNE-VO 2013 – Novelle 2021);

Begutachtung; Stellungnahme

Zu dem mit oz. Note übermittelten Verordnungsentwurf nimmt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

I. Allgemeines

Zu legistischen Fragen wird allgemein auf die Internet-Adresse <https://www.bka.gv.at/agenda/verfassung/legistik.html>¹ hingewiesen, unter der insbesondere

- die Legistischen Richtlinien 1990² (im Folgenden mit „LRL ...“ zitiert),
- das [EU-Addendum](#)³ zu den Legistischen Richtlinien 1990 (im Folgenden mit „Rz .. des EU-Addendums“ zitiert) und
- die Richtlinien für die Verarbeitung und die Gestaltung von Rechtstexten (Layout-Richtlinien)⁴ und

¹ Zur Aktivierung von Links (wie diesem) in PDF/A-Dokumenten vgl.
https://www.aq.bka.gv.at/at.gv.bka.wiki-bka/index.php/Link-Aktivierung_in_PDF/A-Dokumenten.

² <https://www.bka.gv.at/dam/jcr:f4301575-c575-403b-9300-a7dc01ec1a51/legri1990.pdf>

³ <https://www.bka.gv.at/dam/jcr:05576711-8715-4c8b-a3e8-fda1f437e861/addendum.doc>

⁴ https://www.bka.gv.at/dam/jcr:ede84206-8d48-4ce3-bdc5-c9cbc0f24fb5/layout_richtlinien.doc

– verschiedene, legistische Fragen betreffende Rundschreiben des Verfassungsdienstes zugänglich sind.

Die Übereinstimmung der im Entwurf vorliegenden Verordnung mit dem Recht der Europäischen Union sowie mit den in Anspruch genommenen gesetzlichen Grundlagen ist vornehmlich von der do. Stelle zu beurteilen.

II. Zum Verordnungsentwurf

Es wird allgemein auf die LRL 140 und 142 zur Darstellung von Zahlen und Geldbeträgen hingewiesen. Eine Anpassung des Verordnungsentwurfs an diese Vorgaben wird angeregt.

Gemäß LRL 137 sind dem Zitat mehrerer Artikel, Paragraphen, Absätze, Zahlen oder Kleinbuchstaben die Abkürzung „Art.“, das Doppelzeichen „§§“ und die Abkürzungen „Abs.“, „Z“ oder „lit.“ voranzusetzen. Diese Abkürzungen sind (nur) zu wiederholen, wenn dies der Verständlichkeit des Zitats dient. Insoweit könnte bei den Novellierungsanordnungen 2, 3, 4, 7, 11 und 12 jeweils die zweite Abkürzung entfallen (also etwa: „2. § 10 Abs. 8 Z 1 und 2 lautet:“).

Bei absteigend geordneten Gliederungszitaten richtet sich der Numerus in der legistischen Praxis nach der obersten Gliederungseinheit. Es hätte in den Novellierungsanordnungen 3, 4, 9 (siehe dazu aber noch die Anmerkung unten), 11 und 12 daher jeweils „lautet“ zu lauten, weil die oberste Gliederungseinheit jeweils im Singular verwendet wird.

Es wird angeregt, bei in Ziffern gegliederten Aufzählungen einheitlich Strichpunkte am Ende sämtlicher Ziffern mit Ausnahme der jeweils letzten zu setzen (siehe §§ 13 und 14; im Gegensatz dazu § 11).

Zur Promulgationsklausel:

Bei der Zitierung von § 12 Abs. 2 Z 1 E-ControlG sollte vor dem Titel der bestimmte Artikel verwendet werden (LRL 136). Es hätte also zu lauten: „iVm § 12 Abs. 2 Z 1 des Energie-Control-Gesetzes – E-ControlG, BGBl. I Nr. 110/2010“.

Zu Z 2 (§ 10 Abs. 8 Z 1 und 2):

Es sollte geprüft werden, weshalb in beiden Ziffern ausschließlich beim Netzbereich Burgenland das Wort „Verbrauchszone“ anstelle des an allen anderen Stellen verwendeten Wortes „Verbrauch“ verwendet wird.

Es sollte geprüft werden, ob zwischen den einzelnen Verbrauchs(zonen)bereichen Lücken bestehen. Soweit ersichtlich ist keine Rundung auf ganzzahlige kWh/a vorgesehen, weshalb für die Bereiche 5 000 000 bis 5 000 001, 10 000 000 bis 10 000 001, etc. fraglich sein könnte, welche Regelung zur Anwendung kommen soll.

Gemäß LRL 125 ist bei Novellen der neue Wortlaut unter Anführungszeichen zu setzen. Am Ende des neuen Wortlauts wäre daher ein schließendes Anführungszeichen zu setzen.

Zu Z 4 (§ 11 Abs. 3):

Die Novellierungsanordnung deckt die Anfügung der neuen Z 7 nicht ab. Es sollte daher entweder der gesamte Absatz neu erlassen werden („§ 11 Abs. 3 lautet:“) oder nach der derzeitigen (an die allgemeinen Anmerkungen oben angepassten) Novellierungsanordnung eine zusätzliche Novellierungsanordnung zur Anfügung der Z 7 eingefügt werden („§ 11 Abs. 3 wird folgende Z 7 angefügt:“).

Zu Z 5 (§ 12 Abs. 4) und 6 (§ 12 Abs. 5):

Es sollte in der Novellierungsanordnung jeweils vor der Zeichenfolge „§ 12“ das Wort „In“ eingefügt werden.

Zu Z 8 (§ 14 Abs. 7 Z 1), 9 (§ 14 Abs. 7 Z 2) und 10 (§ 14 Abs. 7 Z 3):

Es wird angeregt, die drei Novellierungsanordnungen zu einer einheitlichen Novellierungsanordnung zusammenzuführen („§ 14 Abs. 7 Z 1 bis 3 lautet:“). Sollte dies nicht gewünscht sein, müsste am Ende von Z 8 ein schließendes Anführungszeichen gesetzt werden (LRL 125) und in Z 10 hätte das Wort „In“ zu entfallen.

Es wird darauf hingewiesen, dass in § 14 Abs. 7 die Abkürzung TEUR (im Gegensatz zu § 5 Abs. 2 SNE-V 2018, BGBl. II Nr. 398/2017) nicht definiert wird.

Es wird angeregt zu prüfen, die bei den Erläuterungen zu § 14 Abs. 7 Z 1 dargestellten Zahlungsmodalitäten auch im Verordnungstext abzubilden. Aus dem derzeitigen Entwurf lässt sich eine Knüpfung der Auszahlung durch die Austrian Gas Grid Management AG und die Gas Connect Austria GmbH an bereits von den Verteilernetzbetreibern erhaltene Einzahlungen nicht ableiten (arg. „Alle Rechnungen sind am 15. des dem Leistungserbringungsmonat folgenden Monats fällig“).

Zu Z 13 (§ 21 Abs. 16):

Aus Gründen der Rechtsdokumentation sollte besser ein neuer Abs. für die Regelung des Inkrafttretens angefügt werden („§ 21 wird folgender Abs. 18 angefügt:“). Überdies wird angeregt, bei der Inkrafttretensbestimmung die novellierten Bestimmungen im Einzelnen aufzuzählen (siehe etwa § 21 Abs. 15 und 17).

III. Zu den Materialien

Auch bei Entwürfen von Verordnungsnovelle wäre eine Textgegenüberstellung⁵ hilfreich.

Beim Vorblatt sollte unter der Überschrift „**Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:**“ auch die Fundstelle der Richtlinie angegeben werden (siehe Rz. 53 und 55 des EU-Addendums). Unter der Überschrift „**Besonderheiten des Normsetzungsverfahrens:**“ hätte es zu lauten: „Gemäß § 70 Abs. 3 GWG 2011“.

Die Überschriften im Besonderen Teil der Erläuterungen sollten entsprechen Punkt 93 der LRL 1979 gestaltet werden (etwa: „Zu Z 1 (§ 2 Abs. 1 Z 13):“).

Soweit in den Erläuterungen auf vorhergehende Novellen verwiesen wird, handelt es sich jeweils um eine „GSNE-VO 2013-Novelle“.

Die Überschrift zu Z 13 (§ 21 Abs. 16) wäre zu korrigieren.

⁵ Vgl. <https://www.ag.bka.gv.at/at.gv.bka.wiki-bka/index.php/Textgegen%C3%BCberstellung>

Wien, am 9. November 2020

Für die Bundesministerin für EU und Verfassung:

MMag. Josef BAUER

Elektronisch gefertigt